

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51, Corneliustr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von Joh. van Nien in Krefeld, Luth. Kirchstr. 66. Fernsprech-Nr. 1368.

Nr. 51.

Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 18. Dezember 1909.

Fernpredi-Nummer 4423.

11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Grundzüge der heutigen Sozialdemokratie. — Der Arbeitsnachweis in den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten. — Das Problem der Arbeitslosenversicherung. — Heineken: Wie es auch beim Vorkriegsstande wieder Wagnis wurde. — Aus dem Verbandesgebiete: Unsere Ortsgruppen-Vorstände. — Lohnbewegungen u. Arbeitslosigkeit: Lobberich. — Kündigt. — Aus dem Ruhrgebiet. — Berichte aus den Ortsgruppen: Barmberg. — Eilen. — Fort (Kauf). — Kampersmühle. — Lautenbach-Beil (Eber-Elber). — Mülhausen i. El. — Sorau (M.-S.). — Wittau (M.-S.). — Und unserer Industrie: Montabaur in der Textilindustrie. — Gewerkschaftliches: Aus unseren Verbänden: Nachhals. — Neue Struktural. — Eine demagogische Unterstellung. — Aus gegenwärtigen Organisationen: Einen Beitrag zur Sozialdemokratischen Moral. — Sozialdemokraten als Arbeiter. — Aus Arbeitgeberkreisen: Die „Parasitenfrage“ des „Nachweises der Industrie Mannheimer-Industriellen“. — Allgemeine Rundschau: Soziale Rechtsprechung: Das politische Verbot des Streikpostens ist rechtswidrig! — Allgemeines: Das berufsgenossenschaftliche Verfahren. — Der Arbeitsnachweis der rheinisch-westfälischen Gewerkschaften. — Ein beachtenswerter Weg. — Briefkasten. — Beilagen: Kalender. — Anzeigen. — Sterbetafel. — Literarisches.

Grundzüge der heutigen Sozialdemokratie.

Mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln sucht gegenwärtig die Sozialdemokratie in christlichen Arbeiterkreisen Fuß zu fassen. Wenn man ihr glauben könnte, wären nimmermehr die politischen und staatsbürgerlichen Interessen der Arbeiter besser aufgehoben, als bei ihr. In den letzten Arbeiterkreisen werden die sozialdemokratischen Anpreisungen allerdings nicht verfangen. Wie jammervoll es in der Sozialdemokratie selbst hinsichtlich der Grundzüge aussieht, beweist in schlagender Weise die von dem Gesamtverband herausgegebene Agitationsbroschüre, betitelt: „Der große Arbeiterbetrug der Sozialdemokratie.“ Das Studium dieses Schriftchens kann gar nicht genug empfohlen werden. Es räumt gründlich auf mit den sozialdemokratischen Phrasen, nachfolgend einiges über die grundsätzliche Seite der heutigen Sozialdemokratie. Diese findet in dem erwähnten Schriftchen eine besonders eingehende Behandlung. Einige Andeutungen mögen hier Platz finden.

Dem aufmerksamen Beobachter kann es nicht entgehen, daß in Zeiten, die wenig Agitationsstoff bieten, die Sozialdemokratie der Schwierigkeiten im eigenen Lager kaum Herr zu werden vermag. Die verschiedenen Strömungen und Meinungen in der Partei werden dann lebendig. Feindselig stehen sich ihre Vertreter gegenüber. Wie eine Erlösung wird darum in der Sozialdemokratie ein etwa auftauchender Agitationsstoff begrüßt. Die so demagogisch und unethisch ausgeübte Reichsanwaltschaft ist der beste Beweis hierfür. Der Schlüssel für diese Zustände in der Sozialdemokratie liegt einzig und allein in dem Umstand, daß die sozialdemokratischen Lehren mit der Wirklichkeit in einen unheilbaren Widerspruch gekommen sind. Es gibt heute keine Partei in Deutschland, die auf so offensbaren wissenschaftlichen Trugschlüssen steht, die innerlich so morsch und faul ist, wie die sozialdemokratische. In ihr drängen sich auf engem Raum die denkbar größten Widersprüche. Heute gibt es keine einheitliche sozialdemokratische Wissenschaft mehr. Die ursprünglichen Lehren sind vollständig erschüttert. Von einem Teil werden sie zwar noch krampfhaft festgehalten, von einem anderen hingegen entschieden bekämpft.

Der wissenschaftliche Sozialismus basiert auf den Lehren des Karl Marx. Das jetzt noch gültige Erfurter Programm (1891) stellt in seinem wissenschaftlichen Inhalt einen Extrakt der Marxschen Lehren dar. Von diesen Marxschen Lehren nun sagt der Marxberehrer Professor Sombart: „Marx ist theoretisch und praktisch abgeworfen. ... Man findet in meinem Sozialismus den Nachweis, daß kaum ein Bestandteil der Marxschen Entwicklungstheorie (mit der der „naturnotwendige“ Übergang des Kapitalismus in den Sozialismus bewiesen werden soll) einer kritischen Prüfung standhält.“ Auf den Lehren dieses wissenschaftlich überwindenen Marx baut aber die heutige Sozialdemokratie auf. Nach ihnen richtet sie ihre Taktik ein. Wie selbst im eigenen Lager die Parteilehren widerlegt werden, geht aus Nachfolgendem hervor.

Das Erfurter Programm behauptet, die wirtschaftliche Entwicklung führe mit Naturnotwendigkeit zum Übergang des Kleinbetriebes. (Konzentrations-theorie.) Demgegenüber weist Bernstein in seiner neuen Schrift: „Der Revisionismus in der Sozialdemokratie“ darauf hin, daß die kleinen Betriebe in Industrie und Handel nicht vernichtet worden seien. (In der Landwirtschaft erst recht nicht.) Ganze Reichen von ihnen seien noch vorhanden, dafür habe aber der Kapitalismus selber wieder neue Kleinbetriebe geschaffen. Auch die Produktionsmittel konzentrieren sich nicht, wie das Erfurter Programm behauptet, in immer weniger Händen. Bernstein weist vielmehr nach, daß die Klasse der Kapitalisten sich im Gegenteil bedeutend vermehrt habe, besonders durch die Form der Kleinrentenwirtschaft.

Nach dem Erfurter Programm bedeutet die wirtschaftliche Entwicklung für das Proletariat und die derfallsenden Mittelschichten — Arbeiter, Bauern — wachsende Zu-

nahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knappheit, der Erniedrigung, der Ausbeutung (Verelendungstheorie). Demgegenüber schrieb noch in Nr. 25 d. Z. das Hauptorgan der sozialdemokratischen Gewerkschaften, daß die gewerkschaftliche Arbeit in den letzten Jahren geradezu ausgezeichnete Erfolge auf dem Gebiete der Lohnbewegungen aufzuweisen habe.

Das Erfurter Programm behauptet in seiner Krisentheorie, die Krisen würden immer umfangreicher und verheerender, bis daß sie schließlich zur Katastrophe führten. Bernstein weist in seinem schon erwähnten Buche nach, daß die Krisenentwicklung eine ganz andere Kurve genommen habe, als wie das Programm sie vorgezeichnet habe. Seit 1891 eher eine aufsteigende, als eine absinkende Linie der Konjunktur. Damit müßten alle an diese Theorie geknüpften Zukunftserwartungen, vor allem der Gedanke an eine Miserekatastrophe, fallen.

Das Erfurter Programm behauptet weiter, daß nur die Verwandelung des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum (Zukunftstaat) es bewirken könne, daß die bisher ausgebeuteten Klassen vom Elend zur größten Wohlfahrt gelangen. Demgegenüber sagt der Sozialist Fischer: „Der Gedanke, die ganze privatkapitalistische Produktion, diesen ungeheuren Mechanismus, der aus Hunderttausenden und Millionen von Männern und Mädchen besteht, die sich im Verlaufe von einem halben Jahrtausend ineinandergefügt haben, in wenigen Tagen, Monaten oder Jahren übernehmen und neu organisieren zu wollen, der grenzt nicht an Wahnsinn, der ist Wahnsinn.“ Dabei prophezeit Vebel schon auf dem Parteitag in Erfurt, daß nur wenige im Staat seien, die diesen Zukunftstaat nicht erleben wollten. Wie sehr in diesem Punkte die Ansichten auseinander gehen, dafür noch ein Beispiel. Die sozialdemokratische „Reinische Zeitung“ (1890/91) sagt vom Zukunftstaat: „Wir können uns keine Gesellschaftsordnung vorstellen, in welcher die volle und freie Entwicklung der Persönlichkeit so gehemmt wäre, wie in dieser, wo jeder selbst bestimmt, was und wieviel er arbeiten, was und wieviel er genießen will.“ Der Sozialist Franz Kaufmann hingegen denkt hierüber ganz anders. Er sagt in seinem Buch: „Utopistische Ideen im modernen Sozialismus“: „Ueberhaupt wird der Zukunftstaat in Wirklichkeit ganz anders aussehen, als der Utopist ihn ausmalte. Die Menschen werden auch dort intensiv arbeiten müssen, um ihre gesteigerten Lebensbedürfnisse zu decken, es wird auch dort einen Zwang zur Arbeit geben und eine Kontrolle über die Leistung.“ So verschieden malt sich in sozialistischen Köpfen die Welt.

Endlich soll noch mit einem Gesamturteil der Sozialist Robert Michels zu Wort kommen, der im Juliheft 1907 des Archivs für Sozialwissenschaft schrieb: Die deutsche Sozialdemokratie wird gekennzeichnet durch die flagrantesten Widersprüche, die in ihr unter einem Dach und nach einem Plan wohnen; revolutionäre Intelligenz (Unverfrorenheit) bei den Worten und antirevolutionärer Dilettantismus (mangelnde religiöse Richtung) in der Gesamthaltung, Sonorität der Phrase in der Theorie und resignierte Kiegelmacht in der Praxis, flammeendes Prophetentum in den Worten, und fast absolute Bewegungslosigkeit in der Tat.

Großere innere Widersprüche wie in der Sozialdemokratie findet also kaum noch denkbar. Die ungeheuren inneren Widersprüche verdammen die Partei zu absoluter politischer Ohnmacht. In der Sozialdemokratie führt das Prinzip der Revolution einen Kampf auf Leben und Tod mit dem Prinzip der Reformierenden, aufbauenden Arbeit. Der Parteitagstaktiker Kautsky bezeichnet es in seinem Buche: Der Weg zur Macht als einen „politischen Selbstmord“, wenn die Partei dazu übergehen sollte, mit bürgerlichen Parteien zusammen zu arbeiten. Dabei ist jede Politik und jeglicher politischer Fortschritt nur auf dem Boden des Kompromisses möglich, da keine Partei allein die politische Macht hat, ihren Willen durchzusetzen. Fortschritte für die Arbeiter sind nicht zu erreichen durch die revolutionäre Alles-oder-Nichts-Politik, sondern durch eine gemeinsame Arbeit der verschiedenen politischen Gruppen. Das hat auch schon vor Jahren die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“ eingesehen, als sie schrieb: „Die Tatsache ist, daß wir nicht gegen den Willen der bürgerlichen Gesellschaft, sondern nur mit ihrer Zustimmung das durchsetzen können, was wir im Interesse der Arbeiter für notwendig halten.“ (Oktober 1903)

Angesichts dieser ungeheuren Widersprüche erklärt es sich, wenn wohl immer die Sozialdemokratie von den Taten anderer, niemals aber davon zu erzählen weiß, was sie selber geleistet hat. Sie gleicht eben einem Koloß auf тонernen Füßen. Die politischen Kräfte von Millionen deutscher Arbeiter sind in ihr aufgespeichert, ihre wirklichen Taten dagegen sind gleich Null. Die heutige Sozialdemokratie ist somit die Drohung auf politischem Gebiet. Sie ist die Partei, die durch ihr Festhalten an überlebten Theorien sich unfähig erweist auf praktischer, ruhbringender Arbeit. Sie ist aus diesem Grunde ein Hemmnis für die Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Interessen der heutigen Arbeitergeneration. Die Sozialdemokratie ist aufgebaut auf große wissenschaftliche Trugschlüsse, an ihre wissenschaftlichen Lehren glauben nach dem Gedanknis eines sozialdemokratischen Gewerkschaftsblattes die eigenen Führer nicht mehr. („Der Zimmerer“, Nr. 22/05.)

Die Sozialdemokratie erweist sich somit nicht nur als ein gewaltiges Hemmnis für die Wahrnehmung der staats-

bürgerlichen Interessen der deutschen Arbeiter, sie ist auch die aller schlimmste Feindin der christlichen Ideale. Das Vebel schon vor Jahren in seinem Buche „Christentum und Sozialismus“ schrieb, ist heute noch in voller Geltung: „Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser“. Und nach den Ausführungen des Genossen Vossin (Soz. Monatshefte 1902) gibt es kein sozial-ethisches System, welches dem Sozialismus mehr widerspräche, als das Christentum. „Sozialist sein, heißt zugleich Antichrist sein, der endgültige Sieg des Sozialismus wird nur möglich sein durch die endgültige Ueberwindung des Christentums“. Hier trennt die christlichen Arbeiter eine ganze Weltanschauung von der Sozialdemokratie, die durch nichts überbrückt werden kann.

Einer Partei mit solchen Grundansichten wird darum kein denkender Mann Beifall leisten, sofern er es wirklich ernst meint mit der ersten Verteilung seiner staatsbürgerlichen Interessen und mit der Hochhaltung seiner idealen Güter. Einer solchen Partei gegenüber gibt es nur eine Parole: Kampf bis zur Ueberwindung!

Der Arbeitsnachweis in den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten.

In den Jahresberichten der Gewerbe- und Fabrikinspektoren für das Jahr 1908 finden sich auch verschiedene Angaben über Zahl, Art und Tätigkeit der Arbeitsnachweise. Im Hinblick darauf, daß durch das Vorgehen der Arbeitgeberverbände die Arbeitsnachweisfrage akut geworden ist und im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht, sollen die Angaben und Urteile der Inspektionsbeamten hier zur Kenntnis gebracht werden.

Der Gewerbe- und Fabrikinspektor Dr. Finkler-Augsburg berichtet, daß im Regierungsbezirk Schwaben 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Augsburg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeitsämter bestehen. Das größte davon ist jenes der Stadt Königsberg. Der Nachweisbericht desselben ergibt, daß selbst im Vorjahre 1908 das Angebot an Stellen beinahe so groß war, als die Zahl der Arbeitsuchenden. Männliche Arbeitsuchende meldeten sich 6365, weibliche 4281; Stellen wurden angeboten für männliche Arbeiter 6810, für weibliche 4996; befreit wurden 6445 männliche und 2547 weibliche Stellen. Auch die übrigen Ämter hatten recht günstige Vermittlungsergebnisse aufzuweisen. Der Gewerbe- und Fabrikinspektor im Regierungsbezirk Ostpreußen berichtet, daß im Regierungsbezirk Ostpreußen 13 gemeindliche Arbeits

letzten Jahren bereits bekannte Erscheinung. Die Vermittlungstätigkeit der deutschen Gewerkschaften war nach Angabe der meisten Werke im Berichtsjahr und besonders in den Sommermonaten völlig ungenügend. Es dürfte dies daran liegen, daß im Sommer in erster Linie die Landwirtschaft von der Vermittlungstätigkeit betroffen wird.

Es ist geradezu auffallend, daß über die Beschreibungen der Unternehmer hinsichtlich Errichtung eigener Arbeitsnachweise und deren Wirksamkeit in den Berichten für Preußen, dem größten Industrielande, nichts berichtet wird. Auch im Jahresbericht zuvor (für 1907) finden sich nur zwei bescheidene Angaben. Der Beamte für den Regierungsbezirk Merseburg verzeichnet dort die Errichtung eines Arbeitsnachweises, dem 40 Maschinenfabrikanten angehören. Der Gewerbeamt für Schleswig meldet: Etwa 1000 Fischer in Kiel und Umgebung wurden 3/4 Monate ausgesperrt, weil sie den Arbeitsnachweis des Arbeitsvertrages nicht anerkennen wollten. Schließlich wurde ein Arbeitsvertrag vereinbart, nach welchem u. a. für die Arbeitsvermittlung ein Regulativ geschaffen werden soll. Im Bericht für 1908 finden sich keine näheren Angaben darüber, ob und wie das Regulativ zustande kam.

In den Berichten vom Lande Baden finden sich weder 1908 noch 1907 irgend welche Angaben über Arbeitsnachweise.

Das Problem der Arbeitslosenversicherung

Ist in diesem Jahre mit einer Lebhaftigkeit erörtert worden, wie selten zuvor. Einen besonderen Anstoß erhielt diese Besprechung u. a. durch das Vorgehen der bayerischen Staatsregierung. Nachdem im November 1908 bereits Vorbesprechungen stattgefunden hatten, fand am 30. März d. J. in München im Ministerium des Innern eine besondere Konferenz für die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung in den größeren bayerischen Städten statt. Die hier versammelte Kommission gab ihr Gutachten dahin ab, daß eine Arbeitslosenversicherung in größeren Städten, und zwar eine fakultative, erwünscht sei. Empfohlen wurden Zuschüsse von 10 bis 20 Prozent der Lohnsumme der Arbeiter, die sich mit der Arbeitslosenversicherung befassen — also das Genter System — sowie die Einrichtung einer allgemeinen Versicherungskasse für die unorganisierten Arbeiter. Daneben sollte die Gewährung von Sparprämien an nichtversicherte Personen ins Auge gefaßt werden. Von der von den Gemeinden für die Arbeitslosenversicherung auszuhebenden Summe sollten 50 Prozent vom Staate zurückerstattet werden. Im dem Sinne nun, daß die Gemeinden besondere Klassen mit wöchentlichen Beiträgen schaffen sollen, daß dagegen für die organisierten Arbeiter solche Beiträge nicht erhoben werden, vielmehr die Anmeldung durch die Gewerkschaften genügt, hat denn auch das bayerische Staatsministerium vor kurzem den Gemeinden einen umfangreichen Gesetzentwurf zur Schaffung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung zugehen lassen.

Zwecks Vorbereitung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung ist dem Beispiele Bayerns bald Baden gefolgt. In einer besonderen Denkschrift hat die dortige Regierung die bisher in den verschiedenen Staaten und einigen Gemeinden Deutschlands und des Auslandes getroffenen Einrichtungen zusammengefaßt und besprochen. Zugleich wurden einige Vorschläge gemacht und den Arbeiterorganisationen zur Förderung unterbreitet durch Zustimmung der Denkschrift. Die Leisefälle der bayerischen Regierung hatten im wesentlichen folgenden Inhalt:

Solange nicht von Reichs wegen eine gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung stattfindet, kann nur durch größere kommunale Verbände auf diesem Gebiete Botschaften getrieben werden. Es erscheint geboten, die Versicherung zu einzurichten, daß sie ebenfalls von nichtorganisierten, als von organisierten Arbeitern benutzt werden kann. Da für organisierte Arbeiter das Genter System, für nicht-

organisierte Arbeiter das Kölner System sich bewährt hat, so empfiehlt es sich, diese beiden einander ergänzenden Systeme — Abweichungen vorbehalten — nebeneinander anzuwenden. Die Gemeinden sollen zur Einrichtung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung auf Grund eines Ortsstatuts befugt sein, wenn die nichtorganisierten Arbeiter nicht im wünschenswerten Maße von der freiwilligen Versicherung Gebrauch machen. Die Arbeitslosenversicherung soll organisch mit den zu Arbeitsämtern auszubildenden und möglichst den ganzen Arbeitsmarkt beherrschenden städtischen Arbeitsnachweisen unter einer Leitung verbunden werden.

Mittlerweile haben nun sowohl in Baden wie in Bayern die Interessentkreise zu den Projekten der Regierungen Stellung genommen. Die oben in ihren wesentlichen Punkten angelegte Denkschrift der bayerischen Regierung war Gegenstand der Besprechung einer Konferenz, die am 12. November in Karlsruhe stattfand und in bemerkenswerter Weise die Stimmung wiederbelebte, die in Interessentkreisen bezüglich der Arbeitslosenversicherung vorhanden ist. Von den mehr als 50 von der Regierung eingeladenen Vertretern befanden sich die Vertreter der Handelskammern und der Arbeitgeberverbände entschieden ablehnend. Der Vertreter der Landwirtschaftskammer war für eine Arbeitslosenversicherung, wenn die Kosten von den Städten getragen würden. Die Vertreter der Handwerkskammern waren teils für, teils gegen die Versicherung. Die Arbeitervertreter aller Richtungen wiesen auf den Notstand hin, der nur durch Arbeitslosenversicherung zu beseitigen sei und appellierten an den sozialen Sinn auch der Industrie und des Handwerksstandes. Die Oberbürgermeister der Städte Karlsruhe und Mannheim legten dar, daß man davon absehen müsse, dem Beispiel von Straßburg mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung zu folgen. Der Vertreter der Wissenschaft zeigte in überzeugender Weise, daß die Arbeitslosenversicherung kommen müsse und werde. Nur müsse auch der Staat einen Zuschuß leisten. Die Einwände der Arbeitgeberverbände seien dieselben, wie sie vor 25 Jahren gegen die Krankenversicherung erhoben wurden. Der Vertreter der Arbeitsnachweiseverbände gab die Anregung zum gegenseitigen Ausbau der paritätischen Arbeitsnachweise. Am Schluß faßte der Minister das Ergebnis zusammen: Die Arbeiter können zuverlässig hoffen, daß die Arbeitslosenversicherung kommen werde; nur sei noch nicht die geeignete Form gefunden. Aber die Arbeiter sollten überzeugt sein, wenn die Versicherung zurzeit auch auf Widerstand stößt, daß dafür triftige sachliche Gründe vorliegen.

In den Plänen der bayerischen Regierung hat sich Ende Juni der in Passau abgehaltene bayerische Städtetag geäußert:

Der Referent verwies hier das Genter System. Jeglicher Zwang auf diesem Gebiet sei zu verwerfen, Freiheit und Eigenleistung müssen das leitende Prinzip sein. Die Versicherung solle nach Gemeinden oder Gemeindeverbänden gegliedert sein. Alle Gemeinden seien an ihr interessiert, da die Versicherung in den Städten allein zur Landflucht führen würde. Die Einrichtung von Versicherungen sei von finanziellen Zuschüssen abhängig zu machen, die in einem bestimmten Verhältnis zu den für die Arbeiter empfindlichen Leistungen der Gemeinden stehen müßten. Für die letzteren empfahl es sich, bei den Sparkassen Einrichtungen zu treffen, durch die fleißigen Sparern aus dem Arbeiterstande für den Fall der Arbeitslosigkeit besondere Vorteile eingeräumt würden, oder wenn dies nicht tunlich sei, besondere, gleiche Vorteile bietende Sparkassen für Arbeiter zu gründen. Die Unterlegung auf der Versicherung solle für Familienverbände wesentlich weniger als 12 Mark, für Einzelpersonen weniger als 7 Mark betragen und bis zu fünf Wochen dauern. Die Mitglieder hätten zwei Prozent der Wochenunterstützung als regelmäßigen wöchentlichen Beitrag zu bezahlen.

Bei einem Vergleich der von der bayerischen Regierung und dem bayerischen Städtetag gemachten Vorschläge ergeben sich auf den ersten Blick folgende Unterschiede: Die Gemeinden beabsichtigen eine mehr allgemeine Versicherungsanstalt und wollen auch den Staat mit Zuschüssen herangezogen wissen; dieser will umgekehrt eine Zweiteilung der Versicherung in eine Unterabteilung der gewerkschaftlichen Versiche-

rungeinrichtungen und eine besondere Klasse für nichtorganisierte Arbeiter. Sodann ist bei ihm von staatlichen Zuschüssen keine Rede. Nach unserm Gefühl ist die Regierung auf dem richtigen Wege. Der Vorschlag des bayerischen Städtetages würde jedenfalls zu einer empfindlichen Schädigung der Gewerkschaften führen. Ihre Unterabteilungen würden bleiben u. a. eines der Hauptantriebsmittel für die Mitglieder. Würde eine allgemeine Arbeitslosenversicherung eintreten, die organisierte wie nichtorganisierte Arbeiter obligatorisch in gleicher Weise umfaßte, so würde damit dieses Hauptantriebsmittel der Gewerkschaften wegfallen und zu einer Schwächung derselben führen; eine Erscheinung, die von allgemein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus in keiner Weise zu begrüßen wäre.

Jedenfalls nimmt das Problem der Arbeitslosenversicherung immer festeren Gestalt an, wenn auch andererseits nicht zu verkennen ist, daß seiner Verwirklichung bedeutende Schwierigkeiten entgegenstehen. Mittlerweile mögen die Kommunen aber eifrig weiter bemüht sein, mit allen Mitteln der Fürsorge den Notständen zu begegnen, die auch in diesem Winter mit der Arbeitslosigkeit verknüpft sind!

Aus dem Verbandsgebiete.

Unsere Ortsgruppenvorsitzenden machen uns darauf aufmerksam, daß der dieswöchentliche Nummer unseres Organs neue Abrechnungsformulare beiliegen. Wir bitten, in Zukunft nur die neuen Formulare zu benutzen.

Lohnbewegungen und Arbeitslosigkeit.

Lobberich.

Die Arbeit niedergelegt nach Ablauf der Kündigungsfrist haben am 11. Dez. die Stoffweber der Firma Niedel. Grund dazu gab eine Lohnreduktion auf Taschentücher bis zu 20%. Die Firma begünstigte ihre Handlungsweise mit der Einführung besserer Seide. Da die Arbeiter durchschnittlich jedoch nur 2 Mark täglich verdienen, die Firma bei früheren Lagen der Arbeiter über schlechte Stoffe immer erklärte, wir haben nur gute Stoffe, konnten die Arbeiter den Grund der Firma nicht gelten lassen. Der Kampf wird voraussichtlich schwer werden.

Rhehdt.

Bei der Firma Joh. Junkers Nachf., Samtweberei in Rhehdt, von welcher in der letzten Nummer Differenzen gemeldet wurden, haben die Weber die Kündigung eingereicht. Fernstehende mögen die Firma solange meiden, bis die Differenzen beigelegt sind.

Wie es scheint, ist die Firma ängstlich, daß ihre Arbeiter sich um andere Arbeit bewerben möchten. Um den Arbeitern die Arbeitsaufnahme bei andern Firmen unmöglich zu machen, wurde am Tage nach der Kündigungseinkündigung diesen ein Verzeichnis sämtlicher Arbeiter, die gekündigt hatten, gedruckt zugeföhrt. Offenlich sorgt die Firma dafür, daß die Arbeiter bald befriedigt werden, in diesem Falle hätte sie sich die Kosten sparen können.

Aus dem Wuppertale.

Der Kampf in der bergischen Seidenwebindustrie ist beendet. Mit dem 3. Dezember trat ein neuer Lohn- und Arbeitsstar in Kraft, dessen Lohnsätze vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit als rückwirkende Geltung haben.

Die Vorgeschichte und Ursachen dieses Lohnkampfes sind den Lesern wohl bekannt. Nachdem im Sommer d. J. Jahres die hausindustriellen Handwerker einer neu regulierten Lohnliste, deren „Regulierung“ zum größten Teil in Reduzierungen bestand, zugestimmt hatten, verweigerten die Fabrikanten, die prozentuale Lohnberechnung nach diesen Listen annehmen und für die Fabrikgehilfen

durchzuführen. Letztere setzten sich energisch zur Wehr, worauf von den Fabrikanten der Termin für die Einführung der neuen Liste vom 9. Juli auf den 9. Oktober hinausgeschoben wurde. Verhandlungen fanden bis zum 1. Oktober keine statt, weil die Fabrikanten den Gewerkschaften keine Kompromisse machen wollten. Am 1. Oktober reichten in drei Betrieben die Arbeiter ihre Kündigung ein; andere Betriebe folgten. Darauf spezialisierte die nichtbestehenden Arbeitgeber, soweit dieselben Mitglieder des Fabrikantenvereins waren und die fraglichen Artikel in ihren Betrieben verarbeiten ließen, ihre Arbeiter am 28. und 29. Oktober aus. Gleichviel, ob organisiert oder unorganisiert, alle mußten auf die Straße.

Als nun aus den Reihen der kämpfenden Arbeiter keine Arbeitswilligen zu haben waren, suchten die Fabrikanten ihre Kommissionen bei den hausindustriellen Handwerklern gemacht zu erhalten. Trotzdem der Ausschuss des Handwerkermeisterversandes, dem sämtliche hausindustriellen angehören, die Mitglieder zur Wahrung strengster Neutralität verpflichtete, stellten doch eine Anzahl Meister ihre Stühle den Fabrikanten zur Verfügung. — Und selbst, wie die Streikposten meldeten, kamen die meisten Arbeitswilligen aus denjenigen Orten, wo die Ortsvereine des Meisterverbandes recht scharfe Resolutionen angenommen hatten, um die Solidarität mit den Kämpfenden nach Außen hin kund zu tun. Theaterdonner! — Erwartungen durch die streikenden Arbeiter blieben meist fruchtlos. Die Polizeibehörde in Ronsdorf glaubte nach den Streikposten das blasse Ansprechen der arbeitssuchenden Handwerker verbieten zu müssen, damit die Streikenden auch hier sehen sollten, daß diese Behörden immer — „neutral“ sind.

Sollte der Kampf durch das Verhalten der oben bezeichneten Handwerkermeister nicht zum Schaden der kämpfenden Arbeiter möglichst lange hingezogen werden, so mußten die Kämpfenden zu schärferen Mitteln greifen. Sie taten's. In mehreren großen öffentlichen Versammlungen wurden die Gesetze, welche in der Hausindustrie tätig waren, sowie die Kettenkammer ausgedrückt, ebenfalls die Arbeit einzustellen. Durch ausstehende Beschlüsse, welche in eigener Sache in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen einberufenen Versammlungen gefaßt wurden, erklärten sich diese mit den kämpfenden Kollegen solidarisch. Das mußte auch die Hausindustrie treffen. Raum waren die Beschlüsse gefaßt, da bemähten sich lebende Personen des Handwerkermeisterverbandes, Einigungsverhandlungen anzubahnen. Am 12. November kamen dann auch schon auf Einladung des Herrn Bürgermeisters Staats von Ronsdorf die streikenden Parteien im dortigen Rathaus zu einer Vergleichsverhandlung zusammen. Die Arbeiter waren durch ihre Lohnkommission, der Fabrikantenverband durch seinen Vorstand vertreten. Nach vierstündiger Beratung einigten sich die Parteien auf folgende Vorschläge:

1. Beiderseitige Juraabnahme der Kündigung in allen Betrieben.
2. Wiederaufnahme der Arbeit zu einer bis spätestens am 27. d. Mts. neu zu vereinbarenden Lohnliste.
3. Bis zum Aufstehen einer solchen, angestrebten Lohnabnahme auf den verdienten Lohn. Nach Ablauf der zukünftigen Lohnliste erfolgen die Abrechnungen nach Maßgabe der letzteren.
4. Bei Nichtbefriedigung über eine neue Lohnliste erfolgt die endgültige Abrechnung nach der Lohnliste vom 9. Oktober 1909. (Dieser Passus soll nur juristische Bedeutung bei etwaigen Lohnlagen haben.)
5. Wiedereinstellung der Arbeiter nach Bedarf. Bis zum 27. d. Mts. darf kein Arbeiter eingestellt werden, der in dem betreffenden Betrieb bisher nicht beschäftigt war, es sei denn, daß alle alten Arbeiter wieder beschäftigt werden. Eine sogenannte schwarze Liste darf nicht geführt werden.
6. In der Uebergangszeit, also bis zum 27. d. Mts. gilt in allen Betrieben die endgültige Kündigung. Vom 28. ab tritt wieder die Kündigung nach der Fabrikordnung in Kraft.

Wie es auch beim Bohrschmied wieder Weihnachten wurde.

Stilge von P. Ebad.

Nicht am Sieger, unter dem Schatten einer mächtigen Eiche, lag die Bohrschmiede. Mit dem Rauschen des Flusses mälchte sich Tag um Tag das helle, lustige Klagen des Schmiedehammers, und durch die Fels öffnete, rauschgeschwätzte Türe schwebten die Bergleute ein und aus. Sie brachten die bei der Arbeit stumpf gewordenen Bohrer zum Schmied und künftigen neugefährte dafür ein.

Meister Janzen verstand sein Handwerk. Im Garten der Bohre kam ihm nicht mancher gleich, und auch im Hausbesitz, den er nebenbei betrieb, besaß er Gewandtheit und Erfahrung. Das brachte ihm manch schönes Stück Geld ein, zumal in der Gegend ein tüchtiger Bergschmied gefehlt hatte.

Der Bohrschmied war ein starker, kräftiger Mann; sein feines Gesicht umrahmte ein blonder Vollbart, und aus den blauen, allzeit heiteren Augen sprachen Zufriedenheit und Güte. Für die Dorfjugend bildete die Schmiede einen besonderen Anziehungspunkt. Der lustige Hammerklang und das Sprähen der Funken machte aus Knaben große Frende.

Und Meister Janzen halfte die Belagerung seiner Werkstatt ohne Scheitern. Wir wußten es schon toll getrieben haben, ehe er mit der geschätzten glühenden Stange auf der Tischplatte erschien. Nicht einen einzigen Reizen und nicht ein einziges Wortchen (Einsatz zum Scherz) sprach er nicht, auch nicht, eine tote Seife soll auch erlösen! — bröckelte er dann wohl und versuchte, ein hinterhöfliches Gesicht anzulegen. Wir aber wußten das nicht zu trögen, wußten wir doch, das Nachsehen war nicht seine Passion. „Er ist der rechte Kinderlappes“, jagte die hübsche Frau Meisterin dann, wenn der Bohrschmied am anderen Abend nach Schluß schon wieder sich auswählte, unter Spitzzügen seiner beiden Töchter, die Bohrerwagen, Schlingelringe und Schlagreifen zu flicken, welche die „junge Knabshand“ zu ihm in der Kasse gegeben hatte. Damit wollte Frau Janzen übrigens nur auf das gute Herz ihres Mannes anspielen, der selbst dem geschäftigsten Radesjungen keine Mühe abzugeben konnte.

Mit der Feiertag hatte der Bohrschmied es gut getroffen; er hatte in halben Tag seine Leine die richtige Lebensgefährtin bekommen. Sie wußte Hans zu halten und zu wackeln. Wenn in der Bohrschmiede gar bald ein gewisser Wohlstand sich be-

merkbar machte, so lag dies ebensoviel an der Tüchtigkeit und dem klugen Sparsinn der Hausfrau, als an dem Fleiß und der Geschicklichkeit des Meisters, dessen Knabshand seit einigen Jahren darauf geworfen war, daß er einen zweiten Seelen einstellen wußte.

Dem Bohrschmied regnete's Geld in's Haus, jagte Nachbar Knepper eines Abends, als er mit dem Pferd aus der Schmiede heimkehrte, „aber eins gefällt mir nicht... Ach ja, man soll fremdes Geld nicht über den Stuhl“ lassen... wenn das kein schlimmes Ende nimmt!“ sagte er halb zornig, halb mitleidig hinzu.

Und der Nachbar hatte leider Recht. Mit dem neuen Seelen war noch ein anderer, schlimmerer Geist in die Bohrschmiede eingezogen: Die Schnapsflucht. Wohl machte Janzen anfangs dem Seelen Vorbehalten und jagte ihn von der verbotenen Gewohnheit abzuwenden; der aber machte seine Großjährigkeit geltend und erklärte dem Meister kurz und bündig, daß er mit seinem Geiste machen könne was er wolle. Und da der Seelen ein tüchtiger Beschäftigter war, so glaubte Janzen ein Auge zudrücken zu müssen, zumal seine Energie zu dem mächtigen knirschenden Körper in sehr ungünstigen Verhältnis stand. „Es wird mich ja schon sein“, beruhigte er Frau Janzen, die ihn bei der „Knabshand“ aus dem Hause zu jagen, „ich bin auch in der Ferne gewesen, es ist überall so: Staub und Seilspinn werden mit einem „Supping“ hinuntergeschpült.“

Aber es währte nicht allzu lange, da wunderte der kleine Jäger (Platzte aus Mannequins Glase mit dem Wille eines Jägers) zwischen der Schmiede und der Grubenmühle hin und her, denn auch der Meister war in den Bann des „Kraus“ geraten.

Mit Schwarz und Weiss geschmalt Frau Janzen, wie der gefeierte Mann mehr und mehr der Elave seiner Leidenschaft wurde. Sie machte ihm kleine Vorwürfe, sie ist stille. Er tat ja seine Arbeit und war immer freundlich und gütig, wie zuvor. Eines Sonntags legte der Bohrschmied nicht zur gewöhnlichen Stunde aus dem Gottesdienste zurück. Raus, welche Beschäftigung machen wollten, warteten vergebens, und die Meisterin ging am Nachmittag mit den Kindern allein am Seeufer auf und ab.

*) Im Wuppertaler Lande sind die Knepper mit Seilen umgeben, innerhalb deren die Seile wackeln und groben. Stengel — eine etwa ein Meter breite Seite des Jammers, die bei niedriger ist, als der sonstige Jamm und eben, durch eine Leinwand geföhrt ist. Am des Wuppertaler zu erkennen, sagt man und findet dem Stengel ein großer Stein.

Die Knaben suchten Mäuscheln und Krebse und „Müscheln“ mit glatten Steinen über die ruhig dahinfließende Wasseroberfläche. Vom jenseitigen Ufer grüßten die ersten zarten Blüten der Herbstzeitlose herüber. Den Fluß hinauf zog ein schwarzer Wind. Herbststimmung, auch im Herzen der armen Frau. Sie dachte der schönen Sonntagsmorgens, da sie an der Seite ihres Mannes mit dem prächtigen gebelenden Buben unter Sang und Klang Feld und Wald durchwanderte.

Sollte das zum anders werden? ... Plaudernd zogen die Bergleute auf der nahen Landstraße vorüber. Frau Janzen spähte hinauf und hinunter. Auf ihrer Zunge brann die Frage nach dem Verbleib ihres Mannes. Aber sie schwieg... sie fürchtete die Antwort.

Spätabends kehrte der Meister nach Hause zurück. Schwer betrunken wollte er über die Schwelle. „Es ist das letzte Mal, Helene!“ lallte er und starrte erschrocken in die heißen, verweinten Augen seines Weibes. „Gebe es Gott, Friedrich... mach leise — die Kinder...“ kam es tauglich zurück. Meister war lang vorüber, als Frau Janzen ihr Lager aufsuchte. „Gebe es Gott!“ damit entschloß sie sich endlich.

Ich verzeihe nun diese Zeit die Heimat. Erst nach achtzehn langen Jahren sah ich sie wieder. Wie sich doch alles verändert hatte! Als ein Fremder wandelte ich unter Fremden. Die Eisenwerkzeuge, zu welcher die Bohrschmiede gehörte, lag still, und das Strohgerüstchen, aus dem Meister Janzen sich einst sein kühnendes junges Weib geholt hatte, war verstaubt. Ob wohl die Schmiede noch steht? Und der Bohrschmied? Die gute Meisterin? Die munteren Jungen mit den roten Backen und den Schelmengängen?

Das mag uns ihnen geworden sein? So fragte ich mich unwillkürlich, während ich ziellos die Stiege hinauf schritt. Auch verwehte mir ein Hauch von der Landstraße aufsteigender Fels den freien Ausblick. Hier, an der Straßenbiegung, tritt das Grabmal zurück. Da steht sie noch, die alte ehewürdige Eiche, die Sagenruine der Vorzeit. Wie ehemals breitet sie ihre mächtigen Äste schützend über die Dorfstraße aus. Der Schornstein raucht, der Lärm der Felsen: Ein ganzes Stück der jetzigen Jugendzeit fliegt in meiner Erinnerung auf.

Auf der gelblichgelben Aue neben der Schmiedewerkstatt lag lebend ein ruhiger Geist. Grauen krochte ich vorüber, der Schmiede zu. Aber der Gegenwart ruft mich zurück. Die fremdliche Stimme sagt mir genug: es ist Meister Janzen, der Bohrschmied.

Freudig bewegt reichte ich ihm die Hand. Eklatisch springt er von seinem Sitz auf, rückt die Brille zu-recht und forscht in meinen Zügen. Ein freudiges Aufleuchten in den gutmütigen Augen. „Du bist... Sie sind... er hat mich erkannt. Ich sehe mich neben ihn. „Es muß lange her sein, seit Dich der große Braune so oft zu meiner Schmiede trug. Ach ja, die jungen Leute wachsen einem aus den Augen. Es sind andere Zeiten. Auch ein anderer Bohrschmied hämmert da drüben, mein Vetter, der Friedel. Den jüngsten, unseren Heinrich, haben wir längst — es sind 10, nein 12 Jahre her — begraben.“

Ein harter Schlag! — war ich bedauernd dazwischen. „Nicht doch, Gott hat es wohl gemacht!“ verlegte der Alte. Und was er mir nun erzählte, griff mir an's Herz.

Gott strahlt die Sünden der Väter an den Kindern. Und ich hatte mich schwer veründigt. Daß ich ein Trinker war, weißt Du. Sechzehn lange Jahre hat das Elend gedauert, daß ein lieberlicher Geiste mit der Fußfahne mir ins Haus schleppte. Neun Jahre hindurch bin ich nicht nüchtern zur Ruhe gegangen. Was mein armes Weib erduldet, mag Gott mir verzeihen, und ihm vergelten! Helene klagte nicht, sie sagte mir kein hartes Wort; aber ihr frühliches Lächeln verstaubte, in ihren sonst so hellen, heitern Augen lag der schmerzliche Ausdruck von Kummer und Niedergelassenheit.

Und die Kindererziehung! Das brauche ich Dir nicht zu sagen. Heinrich war in meine Fußstapfen getreten. Was aus ihm vielleicht noch geworden wäre! Ich will's nicht annehmen! Gott hat es wohl gemacht. Und ich bin wieder ein Mensch geworden. Wie das kam? Auch das sollst Du wissen; es erleichtert mir das Herz.

Meine Arbeit war knapp. Die Grube wurde füll geleert, der Friedel ging in die Fremde. Ich trank, Heinrich trank, wir verarmten ein Pferd nach dem andern, wer wollte uns noch Arbeit geben. Unsere Spargroschen gingen zur Reize. Meine früher so geliebte Frau verging wie der Schatten am Wand. Dann kam der Typhus und wußte Heinrich hinweg.

Seine kräftige Natur würde dem Fieber Widerstandskraft des Körpers vernichtet hätte“, sagte der Arzt. Jedes Wort schnitt mir in die Seele.

Ich kniete allein und kumm an der Leiche des Sohnes. Das hast du verschuldet! rief mein Gewissen, eine tiefe Reue ergriß mich. Und einen heiligen Eidschwur sandte ich hinauf zu dem dort oben: Nie

Nachdem die Arbeiter diesen Bedingungen zugestimmt, wurde in den meisten Betrieben am 18. November die Arbeit wieder aufgenommen. Die Kommissionen hatten jetzt schwere Arbeit. Fast Tag für Tag wurde bis zum 25. November in langen, aufreißenden Sitzungen über den zu vereinbarenden Tarif beraten. Bei manchen Punkten schienen Verständigungen unmöglich. Der 27. kam heran, ohne daß die Kommissionen mit ihrem Entwurf fertig waren. Das Provisorium mußte bis einschließlich 2. Dezember verlängert werden. Als keine weiteren Zugeständnisse mehr gemacht wurden, legte die Gehaltskommission in einer großen Versammlung im Lindenhof, in welcher über 700 Handwerkergehilfen anwesend waren, den Tarifvertragsentwurf vor.

Soweit die Lohnsätze in Frage kommen, war folgendes vereinbart worden: Auf die Tarifordnungen wurden bei denjenigen Artikeln, welche von den Fabrikanten reguliert und reduziert worden sind, durchschnittlich 2 Proz. draufgelegt.

Für Vorrichtarbeiten sollen pro Tag 4, — M., für Warten auf Stoffe während der Ketten 4,50 M. vergütet werden. Der Arbeiter ist jedoch verpflichtet, ihm anderweitig übertragene Arbeiten während dieser Zeit zu einem Mindestverdienst von 4,50 M. pro Tag zu verrichten.

Für Mustermachen während der Ketten werden 0,50 M. pro Stunde extra vergütet, falls durch das Mustermachen Veränderungen an der Kette nötig sind. Ueberstunden sollen grundsätzlich nicht gemacht werden. Sind solche aber nicht zu vermeiden, so sollen gezahlt werden:

- a) bis 10 Uhr abends 0,30 M. Zuschlag pro Stunde
- b) nach 10 Uhr und Sonntags 0,60 M. Zuschlag p. Stunde.

Soweit das Wesentliche über die Lohnsätze. Die Gesamtarbeitszeit wurde auf 56 1/2 Stunden pro Woche festgelegt und zwar so, daß an den ersten fünf Arbeitstagen der Woche 10 Stunden und Samstag 6 1/2 Stunden gearbeitet wird. Leider konnten es hier die Fabrikanten durchsetzen, daß auch Straßbestimmungen für Fußgänger, die bisher in den meisten Betrieben noch nicht eingeführt waren, in die Abmachungen aufgenommen wurden. Demgegenüber mußten sich aber auch die Fabrikanten verpflichten, die Arbeitsräume bei Beginn der Arbeit genügend geheizt und beleuchtet zu haben, andernfalls haben die Gehilfen Anspruch auf Entschädigung für die veräumelte Zeit und zwar im Verhältnis von 4,50 M. den Tag.

In den Bestimmungen über die Durchführung und Einhaltung der Vertragsbedingungen ist für diejenigen Arbeiter, welche einmal den Vertrag unterzeichnet haben und dann später in einem anderen Betriebe zu anderen als den vorher vereinbarten Bedingungen in Arbeit treten, eine Konventionalstrafe in Höhe des sechsfachen Betrages des ordentlichen Tageslohnes vorgesehen. Die Straßbestimmungen, welche schon während der Verhandlungen von Mitgliedern der Gehaltskommissionen scharf bekämpft worden waren, wurden auch in der oben erwähnten Versammlung vom 27. November abgelehnt. Den übrigen Bedingungen wurde nach mehrstündiger heißer Debatte zugestimmt.

Die Gehaltskommission versuchte nun nochmals in einer Verhandlung am 1. Dezember die Straßbestimmungen durch Stellung von Änderungsanträgen anders zu gestalten. Leider erfolglos. Die Fabrikantenvertreter lehnten diese Anträge ab. Auf der am gleichen Abend

wieder einen Tropfen! Freilich, so hatte ich oft gegippt und war wieder schlaflos geworden. Aber dieses Mal hielt ich's.

Auch der Friedel eilte auf die Todesnachricht hin nach Hause. Es war ein trauriges Wiedersehen. Ich konnte in jener Nacht nicht schlafen. Vor meinem wachen Geiste stand das Bild des Toten, die Jammergestalt meines edlen Weibes, ich begegnete dem halb vorwurfsvollen, halb mitleidigen Blicke des heimgekehrten Sohnes. ... auch in glückliche Zeiten wanderten meine Gedanken zurück. ... Spät nachts noch kam aus dem Totenzimmer leises Schluchzen und Flüstern. Sachte ging ich hinunter und schaute durch die kleine Glasfüllung der Türe in die vom Kerzenlichte mattenhafte Kammer. Da kniete Helene, schluchzend und jähend in heißem Gebete. Neben ihr der Friedel, Herr, dein Wille geschehe! Nur rette uns der Vater! So ist nicht zu Grunde gehen! Du endlos Varnherziger! Das andere konnte ich nicht verstehen. Ich vergaß die Worte des Todes. Ich führte zu ihnen hinein, umarmte mein Weib, meinen Sohn. Ich bin gerettet! Im Angesichte des Toten schwebte ich: nie wieder einen Tropfen!

Es war ein schwerer Kampf. ... aber ein noch schöner Sieg! Immer und immer wieder forderte die Leidenschaft das ihr entziffene Opfer zurück. Es rief, es zerte an mir, wenn ich andere trinke, daß, oder wenn irgendwo der Fußstapfen mich umgab. Monatlang noch habe ich fast täglich am Rande des Abgrundes gestanden. Doch Gott und Helene, mein Schutzherr, hielten mich zurück. In meinem Gemüte wurde es wieder licht und hell, der dumpfe, drückende Schleier, den der Alkohol um meine Sinne gewoben, verschwand. Meine Frau verdoppelte ihre Sorgfalt und Güte; das ließ mich die anfangs schwer empfundene Entbehrung des Giftes vergessen.

Im Sommer kehrte der Friedel in die Heimat zurück und mit ihm eine hübsche, lebenswichtige Schürm (Schwiegerochter) und ein kleiner, prächtiger Enkel. Ich übergab dem Sohne die Schmiebe, das alte Vertrauen kehrte zurück und damit Arbeit und Verdienst.

Das Christfest nahte heran. Auch bei uns in der Schmiebe wurde es wieder Weihnachten, im Hause und im Herzen. Ich trug sie selbst nach Hause, die schöne, schlanke Lame mit der ebenmäßigen Krone. Ganze Abende, wie einst, als wir für Friedel den ersten Christbaum schmückten, haben wir Alten am Baum herumgestanden, bis er uns allen gefiel, den Jungen und Alten.

Die Weihnachtskugeln erlöschten, die Kerzen flimmerten, und der kleine Enkel trippelte händchenförmig unter dem Baume umher. Ein Stück Jugendglück leuchtete uns wieder, sagte Helene und klopfte mir auf die Schulter. Verlorenes Glück! wollte ich entgegen, aber es war ja Christabend.

Der Bolschewich war mit seiner Erzählung zu Ende. Er führte mich in die Schmiebe.

Es dämmerte! Ueber das Bett der Sieb legte sich bereits weißer Nebel, als ich dem Nachbarorte zuschritt, wo ich bei einem Freunde übernachten wollte. Meine Gedanken blieben noch in der Bolschewich. Er hat einen herrlichen Kampf gekämpft, sprach ich halblaut in mich hinein. Und ein seltsamer Wunsch lag in meinem Herzen auf: Wenn ich doch Orden und Ehrenzeichen zu vergeben hätte!

tagenden Versammlung des Fabrikantenverbandes in Elberfeld und der Konferenz der Seidenbandwirkergewerkschaften in Ronsdorf (letztere war leider nicht so besucht, wie es hätte verlangt werden können), wurde nun der ganze Tarif zu geschickt. Doch wurden auch auf der Konferenz zu schwere Bedenken gegen die Vertragsform, besonders gegen die Einführung der Konventionalstrafen nur für die Gehilfen, welche die Vertragsbedingungen nicht überall durchzuführen und einhalten, vorgebracht. Für tarifunkreue Arbeitergehilfen sind Konventionalstrafen nicht festgelegt. Hier ist eine Lücke, eine Ungerechtigkeit, die sobald als möglich ausgefüllt resp. beseitigt werden muß.

Mit dem 3. Dezember ist dieser Vertrag, der bis zum 1. März 1911 läuft, nunmehr in Kraft getreten. Ob er für unser Gewerbe und besonders für die Arbeiter von Segen sein wird, muß die Zeit lehren. Auf die Vor- und Nachteile, welche er den Arbeitern bringt, werden wir später noch näher eingehen.

Verichte aus den Ortsgruppen.

Bamberg. Eine öffentliche Arbeiter- und Bürgerversammlung, einberufen vom christlichen Gewerkschaftsrat, fand am 4. Dez. statt. In derselben referierte Herr Reichstagsabgeordneter und Pastor an der Königl. Bibliothek in Bamberg Dr. Maximilian Pfeiffer über das Thema: „Die christlichen Gewerkschaften und ihr Verhältnis zu den Organisationsbestrebungen der anderen Stände“. Der Herr Referent, der in dem ersten Teile seiner Ausführungen überzeugend die Erstzugsberechtigung der christlichen Gewerkschaften nachwies und im zweiten Teile seiner Rede die Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorhob, entledigte sich in glänzender Weise seiner Aufgabe. Nach einer längeren, sehr angenehmen freien Aussprache, an der sich Gegner nicht beteiligten, wurde die Versammlung nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Müller geschlossen.

Düsseldorf. Am 25. Nov. hielt die Ortsgruppe ihre vierteljährliche Versammlung ab. Als erster Punkt wurde dem Kassierer, da Bücher und Kasse in Ordnung gefunden, Entlastung erteilt. Zu Kassierern wurden die Kollegen Peter Köfers und Gottfried Meies gewählt. Ueber den Streit bei der Firma B. Gieseler referierte der Bezirksvorsitzende J. Belsch. Ferner wurde der Versammlung mitgeteilt: Laut Beschluß des Vorstandes und im Beisein des Bezirksvorsitzenden ist folgendes beschlossen worden: 1. Mitglieder, die arbeitslos werden, sind verpflichtet, sich sofort beim Kassierer G. v. D. zu melden. Ferner müssen sie sich jeden Tag, so lange sie arbeitslos sind, zwecks Kontrolle vorstellen, und zwar nachmittags zwischen 4 und 6 Uhr. 2. Dasselbe gilt auch für die Kollegen, die krank sind und ausgehen dürfen. Dieselben haben ferner jede Woche beim Abholen des Krankengeldes den Krankenschein des Arztes vorzulegen. Mitglieder, welche den Bestimmungen nicht nachkommen, verlieren das Anrecht auf Unterstützung.

Forst (Vauß). Am 2. Dez. hielt unsere Ortsgruppe die Generalversammlung ab, in welcher Kollege Albert Schulze einen Vortrag hielt über das Thema: „Was steht uns Arbeitern in der Textilindustrie bevor? Die Grundlage des Referats bildete die Einführung des sechsfachen Maximalarbeitstages für Frauen, dessen Ursachen und Wirkungen. Sachde der organisierten Arbeiterchaft wird es jetzt mehr denn je sein, dafür zu sorgen, daß sich die Reihen der Organisationen stärken, um in Geschlossenheit und als Macht dem Kommanden entgegengehen zu können. — Es erstattete dann Kollege Voigt einen Kassenbericht vom dritten Quartal und einen Jahresbericht; beide ließen eine äußerst umfangreiche Tätigkeit des Sekretariats erkennen. — Die Ergebnisaussprache des Vorstandes hatten folgendes Ergebnis: Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Albert Schulze einstimmig wiedergewählt. Kassiererin wurde die Kollegin Elise Krausmeyer, erster Schriftführer Kollege Emil Voigt, zweite Schriftführerin Kollegin Magarethe Felsch. Zu Beisitzern wurden der Kollege Richard Voigt und die Kollegin Anna Huberman ernannt. Die beiden Referenten Emil Wilhelm und Otto Huber wurden wiedergewählt, neugewählt die Kollegin Ida Wahnberger. — Die Generalversammlung beschloß, auch in diesem Jahre eine Weihnachtsfeier zu veranstalten.

Lampertsmühle. (Lampertsmühle, Erfolge) ihrer Reorganisationsbestrebungen erfolgte die Aktiengesellschaft Lampertsmühle. Nachdem der Betrieb im Jahre 1888 aus einem Privatbetrieb in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, florierte das Geschäft sehr gut und wurde von Jahr zu Jahr vergrößert, so daß Mitte der 90er Jahre durchschnittlich 17—1800 Arbeiter beschäftigt waren, die den damaligen Verhältnissen entsprechend ein „schönes Geld“ verdienten. Aus verschiedenen Gründen, worauf näher eingegangen heute nicht unsere Aufgabe sein soll, gab es zu Anfang des neuen Jahrhunderts eine Stodung, die Jahre lang anhielt und in der Arbeitszeit 1907/08 besonders schwer fühlbar war. Im vorigen Jahre wurde ein Wechsel mit der Direktion vorgenommen. Mit Jubel und Feuer wurde seitens der Arbeiter dieser Wechsel begrüßt, weil man von der neuen Direktion ein Wiederaufleben des Betriebes erwartete. Dies war so nicht, als gleich von vornherein mit manchen abgekauften Maschinen aufgeräumt wurde. Doch zum Erstaunen der Arbeiter und Bürgerchaft machte man bald die Wahrnehmung, daß die Reorganisationsgasse sich in weit größerem Maße auf alte, eingearbeitete, fach- und sachkundige Arbeiter und Beamte, als auf wirklich verbesserte, bedürftige Maschinen und Bauten erstreckte. Bisse Jungen behaupteten sogar, daß die reformulierten Herren, wenn sie so weiter machten, eines Tages nicht nur den Betrieb, sondern auch die ganze Umgebung auf den Ruin bringen würden. Dieser Lage erließen nun der Reorganisationsrat vom abgelaufenen Geschäftsjahre laut „Witz. Volkszeitung“ ergibt sich ein Defizit von 454 817 M. Und dies, trotzdem, beim vorjährigen Abschluß noch ein Ueberschuß von 136 000 vorhanden war. Doch damit noch nicht genug! Etwa 600 Arbeiter, Angestellte und Arbeiterinnen, konnten abgepflegt werden. Die überflüssigen Maschinen wurden zum Teil an Auktionshändler verkauft und somit „neue Einnahmequellen“ erschlossen. Wer wollte angesichts solcher Tatsachen noch an der Leistungsfähigkeit der Betriebsleitung zweifeln? Wahrscheinlich, die Aktiengesellschaft Lampertsmühle ist ob ihrer neuen Betriebsleitung nicht zu beneiden.

Saundach-Bell (Ober-Elsass). Die hiesige, bisher der Ortsgruppe Schweiler angehörende Jahststelle hat durch den letzten Streik einen merklichen Mitgliederzuwachs erhalten. Dadurch wurde die Gründung einer eigenen Ortsgruppe nötig. Zur Konstituierung einer solchen fand am Sonntag, den 5. Dezember, eine Generalversammlung unserer Mitglieder statt. Der Bezirksleiter, Kollege Fischer, schilderte zunächst in einem Referat die Aufgaben

eines Vorstandes und der Mitglieder und ernannte alle Mitglieder, mit vereinter Kraft an der weiteren Entwicklung der Ortsgruppe mitzuarbeiten. Danach erfolgte die Vorstandswahl. Möge nun die neue Ortsgruppe auch fernerhin, allen Anfeindungen zum Trotz, wachsen und gedeihen. Gleich zu Beginn suchten die Genossen das Aufkommen unserer Organisation zu verhindern. Es ist ihnen nicht gelungen. Bei einiger Energie und Ausdauer wird es uns gelingen, nicht nur das eroberte Terrain zu halten, sondern auch noch weiter an Boden zu gewinnen.

Wülhausen i. Elb. Im „freien“ Textilarbeiterverband herrscht ansehnliche Geschäftslage. Es fehlt an einer zuträfflichen Agitationsparole. Um eine solche zu schaffen und Leben in die Bude zu bringen, verfaßt die hiesige Geschäftsleitung genannten Verbandes auf einen alten Trick. Sie beruft eine öffentliche Versammlung ein. Thema: „Die Schanabaten und Verleumdungen der christlichen Gewerkschaftsführer und das herausfordernde Benehmen des Herrn Franz Fischer und Camille Bilger aus Wülhausen“. Auf den Plakaten prangt die Bemerkung: „Zu dieser Versammlung sind die Herren Franz Fischer und Camille Bilger schriftlich eingeladen und ist ihnen volle Redefreiheit zugesichert“. Zweck dieser Bemerkung ist, wieder einmal ein „volles Haus“ zu erzielen.

Und dann der Kommandoboten der „Genossen“: „Das herausfordernde Benehmen der letzten Zeit, sei es in Versammlungen oder in der Presse, zwingt uns, Sie zu Ihrer Verteidigung (sic!) D. B.) zu der am Mittwoch, den 1. Dezember 1909, abends 8 Uhr, in der Wirtschaft Poggendorfer von uns einberufenen Versammlung einzuladen.“ So hieß es in der den Kollegen Fischer und Bilger übermittelten schriftlichen Einladung. Diese sollten also vor dem hochwürdigsten sozialdemokratischen Tribunal erscheinen, um dort Rechenschaft für ihre begangenen Sünden abzugeben. Nicht Abell!

Die beiden christlichen Gewerkschaftsführer waren jedoch verwegener genug, der Einladung nicht Folge zu leisten. Sie bedankten sich dafür, den „Genossen“ als willkommene Agitationshilfe zu dienen. Nebenbei bemerkt, ist die Wirtschaft Poggendorfer für eine derartige Versammlung ganz ungeeignet, weil sie höchstens 180—200 Personen fassen kann.

Die Geschäftsleitung unseres Verbandes hat dann aber auf Montag, den 6. Dezember, in das geräumige Lokal Zeile eine öffentliche Versammlung einberufen, wozu die sozialdemokratischen Verbandsführer schriftlich eingeladen wurden. Ausdrücklich wurde in der diesbezüglichen Zutrittsherbervorgehen, daß, um ihnen trotz des über genannten Lokal verhängten Boykotts den Besuch der Versammlung zu ermöglichen, ihnen und ihren Angehörigen der Genuß von Getränken freigestellt ist und auch ein Eintrittsgeld nicht erhoben wird. Somit stand also der von den „Genossen“ gewollten öffentlichen Auseinandersetzung nichts im Wege. Trotzdem wählten die Führer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, die doch die Aussprache gewünscht, der Tageszeit besseren Teil und blieben der Versammlung fern. Für sie immer noch das gegebene, was sie tun konnten, denn Vorbeeren hätten dieselben an diesem Abend jedenfalls keine geerntet. Die Versammlung selbst nahm einen glänzenden Verlauf. Der geräumige Saal war vollständig besetzt. Wer die Versammlung überblickte, mußte die Ueberzeugung gewinnen: Die christliche Gewerkschaftsbewegung in Wülhausen ist im Vormarsch begriffen. Daran vermag auch die rübe Bekämpfung durch die Gegner nichts zu ändern. Gewerkschaftssekretär Fr. Fischer behandelte das Thema: Die verheißene Zukunft und die uneheliche Kampfesweise der hiesigen Führer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Der Referent streifte die rote Beye gelegentlich der Finanzreform und gab dann eine eingehende Darstellung der Vorgänge beim Streik bei der Firma Godefray u. Schaffer in Wülhausen und Lautenbach-Bell. Seine Ausführungen gestalteten sich zu einer gründlichen Abrechnung mit der hiesigen sozialdemokratischen Geschäftsleitung. In der anschließenden Diskussion wurde zunächst vom Kollegen Bilger das Gebahren der roten Verbandsführer noch weiter illustriert. Besonders charakteristisch für den Genossen Gsell war hierbei die Feststellung, daß derselbe zur besseren Bekämpfung der christlichen Verbandsführer auch noch zum Deumantanten abangete. Einen Auschnitt der hiesigen sozialdemokratischen „Volkszeitung“, in welchem er dem Kollegen Bilger verlesend übertriebene uneheliche Geschäftspraktiken bezüglich eines überlebenden Mitgliedes vorwarf, wurde nämlich von Gsell dem von ihm beauftragten Zentralvorsitzenden unseres Verbandes, dem Kollegen Schiffer, persönlich nach Wülhausen gebracht. Ueber diese bereits in der hiesigen Tagespresse öffentlich festgelegte schamlose Handlungsweise hat sich bis jetzt Genosse Gsell hinweggesetzt.

Auch die weitere Diskussion, an der sich die Kollegen Heurich und Halder beteiligten, war geeignet, die schamlose Kampfesweise der „Genossen“ gegenüber den christlichen Gewerkschaften zu beleuchten.

Nachherige Resolution wurde mit allen gegen eine sozialdemokratische Stimme angenommen:

Die heute im Lokale Zeile tagende, von circa 400 christlichen Arbeitern und Arbeiterinnen besuchte öffentliche Versammlung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Kollegen Fischer und Bilger. Sie spricht ihre Enttäuschung aus über die uneheliche Kampfesweise der Führer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, die sich jetzt, wo ihnen Gelegenheit zur gewöhnlichen Aussprache geboten war, feige brühten. Die Versammlung weist ferner die gegen die Führer des christlichen Textilarbeiterverbandes erhobenen Beschuldigungen entschieden zurück und spricht denselben nach wie vor ihr volles Vertrauen aus. Die Versammlung verpflichtet sich auch weiterhin, allen Angriffen der Gegner zum Trotz, für den Ausbau der christlichen Gewerkschaften einzutreten.

Mit einem die Begeisterung der Anwesenden trennend wiederholenden Dankreden schloß die Versammlung um 11 1/2 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Soran (N.-L.) Ueber die neuesten Vorgänge auf gewerkschaftspolitischen Gebiete referierte Kollege Voigt-Vorst in der Mitgliederversammlung vom 24. Nov. In einstündigem Vortrage erklärte er den Anwesenden die Erledigung der Reichsfinanzreform und den „Verzichtungsrummel“ der Sozialdemokraten gegen unsere Gewerkschaft. Zum Schluß beschäftigte sich die Versammlung mit der Einführung des Sechsfachentages für Arbeiterinnen. Letztere wünschten die Verkürzung am Abend vorzunehmen. Rechnungsablegung vom dritten Quartal erfolgte vom Kollegen Kothler. Die Versammlung war gut besucht; eine Anzahl Kollegen vom Gutenberghund waren auch anwesend.

Witten (D.-Vauß). Ueber die gegenwärtige Lage und unsere nächsten Aufgaben sprach in unserer Versammlung am 28. Nov. Kollege Voigt-Vorst. Der Geschäftsbericht vom dritten Quartal 1909 wurde vom Vorsitzenden bekanntgegeben und richtig geheißen. Die Ortsgruppenleitung wird Schritte unternehmen, um bei der jetzt vorzunehmenden Festsetzung des ordentlichen Tageslohnes eine Steigerung zu ermöglichen.

Aus unserer Industrie.

Rentabilität im Textilgewerbe.

Im Oktober haben insgesamt 23 Aktiengesellschaften der Textilindustrie mit einem Aktienkapital von rund 44 Millionen Mark ihre Geschäftsergebnisse veröffentlicht. Auf dieses Aktienkapital wurden im Jahre 1908/09 insgesamt 2,09 Millionen Mark Dividende ausgeschüttet, während 1907/08 2,46 Millionen verteilt worden waren. Im Durchschnitt ergibt sich für das letzte Geschäftsjahr eine Dividende von nur 4,7 gegen 5,8 Prozent im vorletzten. Die Rentabilität ist demnach gesunken, doch ist dabei nicht zu übersehen, daß der Rückgang nicht mehr so groß ist, wie bei den Gesellschaften, die bisher im laufenden Jahre ihre Gewinnergebnisse veröffentlicht haben. Die Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften des Textilgewerbes stellen sich wie folgt:

	Aktienkapital in 1000 M.	Dividende im Vorj.	Proz.	Rückgang
Januar-September	434 886	9,6	8,0	-1,6
Oktober	49 977	5,6	4,7	-0,9
Januar-Oktober	478 863	9,2	7,7	-1,5

Im Oktober haben vornehmlich Baumwollfabriken und Leinen- und Jutespinnereien ihre Geschäftsergebnisse veröffentlicht. Acht Baumwollfabriken mit einem Aktienkapital von insgesamt 20,67 Millionen Mark verteilten für das Jahr 1908/09 673 200 Mark Dividende gegen 877 140 Mark im Jahre 1907/08. Es ergibt sich eine Durchschnittsdividende von 3,27 Prozent für 1907/08 und von 3,26 Prozent für 1908/09. Der Rückgang ist also minimal. Von den einzelnen Gesellschaften weisen die Oberbayerische Weberei-Akt.-Ges., die Manufaktur Hartmann u. Söhne, Wülstet, die R. Kochlin u. Cie., Maschinfabrik und die Hagener Textilindustrie Dividenden-Rückgänge auf, während die Dividende der Akt.-Ges. H. Bräuningshans Söhne sehr kräftig, um 3 1/2 Prozent oder 178 500 Mark, gestiegen ist.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Nachmal's: Rote Streikakt. Unsere Schiedsmannschaft über die Vorgänge beim Streik bei der Firma Godefray u. Schaffer in Wülhausen-Lautenbach-Bell (siehe Nr. 47 der Textilarbeiter-Zeitung) schied der Gewerkschaft des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in Wülhausen schwer in die Glieder gefahren zu sein. Sie hielt es für nötig, eine große Aktion in die Wege zu leiten. In öffentlicher Versammlung sollten „die Schanabaten und Verleumdungen der christlichen Gewerkschaftsführer“, sowie „das herausfordernde Benehmen der Herren Franz Fischer und Camille Bilger aus Wülhausen“ gebrandmarkt werden. Näheres hierüber an anderer Stelle. Hier interessiert uns nur einiges aus dem in der sozialdemokratischen „Wülhausen Volkszeitung“ (Nr. 281) erschienenen Bericht über genannte Versammlung. Darnach schloß Genosse Voigt, der Leiter des sozialdemokratischen Verbandes folgendes ab:

„Wenn die „Christlichen“ jetzt schreiben, wir hätten diesen Streik verhindert, dann, so trifft das nicht zu, da die Weisung der Arbeiter, die auf dem Streik war, nicht organisiert war. Es ging nicht an, unter diesen Verhältnissen die organisierten Arbeiter zu veranlassen, Streikbrecher zu spielen. Das überließ der deutsche Textilarbeiterverband ruhig den „Christlichen“, damit sie nicht aus der Rolle fallen.“

Demgegenüber sei nochmals kurz festgestellt: Der in Lautenbach-Bell gelegene kleine Betrieb gab die Versammlung zum Streit. Von den hier beschäftigten Arbeitern gehörten 29 „sozialdemokratischen“ und 6 „christlichen“ Verbände an. „Gen Gsell selbst in einer Zahlen wurden von dem Gen. ... war es auch, der für diesen Betrieb die Parole am Streik ausgab. Die Arbeiter hielten nur den Termin nicht ein, sondern schlugen einige Tage früher los. Von den ca. 200 Arbeitern beider Betriebe waren etwa 120 = 43% sozialdemokratisch und 27 = 9,5% christlich organisiert, zum Teil aber noch nicht unterstützungsberechtigt. Und angesichts solcher Zahlen wagen die sozialdemokratischen Verbandsführer noch zu behaupten, sie hätten keinen entscheidenden Einfluß auf die Bewegung gehabt!

Nein, das Mittelstück liegt wo anders! Diese sozialdemokratischen Verbandsführer haben den Mut nicht, im Interesse der Arbeiter selbst auch mal gegen den Strom zu schwimmen. Wohl aus Furcht, die von ihnen verhetzten und zum Radikalismus erzogenen Massen könnten ihnen die Folschlag verpassen. Oder aber sie bräuen an agitatorischen Gründen mal ein Auge — oder auch alle beide — zu und lassen die Arbeiter — ins Verderben rennen.

Ist es für einen Verbandsführer nicht fatal, wenn er — wie dies Genosse Weingorn tat — offen zugibt, daß er sich die bei solchen Bewegungen einschlagende Taktik von den unorganisierten Verbänden leitet? Wenn er den organisierten Arbeitern zumutet, jeden Streik unorganisiert zu spielen, ohne weiteres mitzumachen, um nicht als „Streikbrecher“ zu gelten? Bis jetzt waren wir und mit uns jeder vernünftige Gewerkschaftler der Ansicht, daß die Entscheidung über eine Bewegung, wie auch die Führung derselben in erster Linie den organisierten Arbeitern zufalle. Daß Streikbrecher nur dort bezeichnet werden kann, wo während eines von der Organisation beschlossenen Streiks die Arbeit aufgenommen wird. Was hat denn bei den vom Genossen Weingorn nach obigem Bericht vertretenen Grundbegriffen das Streikreglement im sozialdemokratischen Verbandslaut noch für einen Zweck? Bei einer solchen Taktik braucht man sich wahrhaftig nicht zu wundern, wenn sich der sozialdemokratische Verband in den letzten Jahren im Elend Niederlage auf Niederlage geschloß hat.

Wie Genosse Weingorn in der fraglichen Versammlung bemerkte, schloß er sich auch durch andere Artikel „Rote Streikakt!“ bei seinem Zentralvorstand denunziert. Das läßt tief blicken und zeugt von einem schlechten Gewissen. Wir konstatieren lediglich Tatsachen. Jetzt wird uns aber eine Notiz verständlich, die „Der Textilarbeiter“ in seiner Nummer vom 10. September brachte. Dieselbe lautet:

„450 (11 D. B.) Weber und Weberinnen der Fabrik von Godefray u. Schaffer in Wülhausen-Lautenbach-Bell sind in den Streik getreten, weil die Firma den Versuch gemacht hat, trotz des ungewöhnlich schlechten Rohmaterials, das Arbeiten auf der Webstuhl (statt wie bisher zwei und drei) einzuführen. Die Streikenden sind nur zum geringen Teil (11 D. B.) organisiert, zum Teil christlich.“

Handelt es sich um 450, sondern höchstens 280 Weber und Weberinnen in Betracht. Und dann der harmlose Satz: Die Streikenden sind nur zum geringen Teil organisiert, zum Teil christlich. Der Streik brach im kleinen Betrieb am 28. August, im Hauptgeschäft am 1. September aus. Die richtigen Zahlenverhältnisse konnten und mußten dem „deutschen“ Verband bekannt sein, als die erwähnte Notiz in Satz kam. Wer hat nun die obigen Zahlenangaben gemacht und zu welchem Zweck? Es liegt uns fern, zu denzuziehen, aber wir glauben, die Arbeiterchaft hat ein Recht, hier Aufklärung zu verlangen.

Übrigens — wenn Genosse Weingorn von Denunziationen jagt, so möchten wir ihn bitten, sich an seinen Kollegen Gsell zu wenden. Der kann ihm jemanden

nennen, der kürzlich den Versuch unternahm, seinen Kolonialbeamten, den Kollegen Hilger, beim Zentralvorstand, Kollegen Schiffer, durch eine anonyme Zusendung zu denunczieren. Wir haben nicht nötig, zu solchen Mitteln zu greifen. Damit genug für heute. Wenn gewünscht wird, werden wir berichten.

Eine demagogische Unterstellung leisten sich jetzt die sozialdemokratische Presse und Agitatoren der roten Verbände: Bei dem Mansfelder Streik seien die „Christlichen“ den Bergarbeitern in den Rücken gefallen und ein christlicher Sekretär sei im Streikgebiet von Ost zu Ost gewandert, um in Versammlungen die Leute von der Zwecklosigkeit des Streikes zu überzeugen und zum Streikbruch aufzufordern.

Im ganzen Ausbreitungsgebiet der roten Partei und Gewerkschaftsbewegung Mitteldeutschlands sucht man diese Mär an den Mann zu bringen.

Tatsächlich handelt es sich um das Vorgehen der katholischen Arbeiter- und Männervereine „Berliner“ Richtung, besonders um die Tätigkeit des Sekretärs der katholischen Fachabteilungen Müller-Erfurt.

Der „Bergknappe“ hat in seiner vorletzten Nummer schon festgestellt, daß der christliche Verband keine Mitglieder im Mansfelder hat, und somit auch kein Streikbruch vorliegen kann. Daran führen sich aber die Verleumder im Genossenlager nicht. Siehst du, wie erklart man mit demagogischen Augenblinzeln die Tätigkeit des Fachabteilungssekretärs als „christliche“ Streikbrecherarbeit, um somit den Glauben und die Meinung zu erweichen, im Mansfelder handle es sich um die christlichen Gewerkschaften.

Wie man von vornherein schon während des Streiks auf eine Verwechslung der Fachabteilungen mit den christlichen Gewerkschaften in der öffentlichen Meinung, soweit eine solche im Streikgebiet und darüber hinaus in Frage kam, hinarbeitete, dafür hat der Vorstands des „freien“ Bergarbeiterverbandes und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Sätze in einer Streikverammlung zu Bettstedt am 5. Oktober den Beweis erbracht. Sätze führte u. a. wörtlich aus:

... Dann gibt es auch noch die katholischen, genannt christlichen Gewerkschaften, katholische Gewerkschaften, Richtung Berlin, und katholische Gewerkschaften, Richtung München-Gladbach.“ (17)

Wenn solches von ernstzunehmenden Männern gesagt wird, braucht man sich nicht über das Nachplappern von untergeordneten Partei- und Gewerkschaftsfunktionären zu wundern. Das Geschick derartiger Leute besteht eben darin, in demagogischer Weise den Gegner zu verächtlichen.

Es gibt kein anderes Mittel, um sich dagegen zu wehren, als daß man die gewissenlosen Verbreiter solcher Unwahrheiten als das hinstellt, was sie sind, nämlich als — Lügner.

Aus gegnerischen Organisationen.

Einen Beitrag zur sozialdemokratischen Moral liefert der vor dem Ehemaligen Schöffengericht am 19. November er. verhandelte Prozeß betreffs des gemeinen Schmutzfliegels gegen den früheren Vorstands des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter, Prozeß, das von Leuten des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes herausgegeben und verbreitet wurde. Wir haben in Nr. 49 darüber berichtet. Um es nochmals festzustellen:

Das Verleumdungsflugblatt, welches unterzeichnet war: „Ein Vorstandsmitglied des christlichen Gewerkschafts“, ist aus sozialdemokratischen Verbandskreisen hervorgegangen.

Ein Verbandsbeamter war der Verfasser und Verbreiter des Flugblattes. Es konnte jedoch nicht genau festgestellt werden, welcher, weil hierbei Aussage gegen Aussage stand.

Der Verbandsbeamte Götte brachte die zur Verbreitung der Blätter benutzten Inzertentafeln mit den Adressen beider Verbands der Zentrale des Verbandes mit.

Der Verbandsvorstand, Reichstagsabgeordneter Sätze, kannte zwei Tage vor der Wahl den Inhalt des Verleumdungsflugblattes und wußte, daß ein ihm unterstellter Verbandsbeamter es verbreiten wollte.

Die Verbandsleitung hat nicht die schuldigen Beamten abgesetzt, sondern beließ sie im Dienste des Verbandes und stellte noch nach der Wahl in der „Bergarbeiterzeitung“ das Flugblatt als einen gegnerischen Wahlspruch dar.

Der Verbandsvorstand, Reichstagsabgeordneter Sätze, hielt, obwohl er wußte, daß ein Verbandsbeamter der Verbreiter des Flugblattes war, in einer öffentlichen Erklärung vom 9. und 10. September 1904 die Behauptung aufrecht, das Flugblatt sei von einem Vorstandsmitglied des Gewerkschafts verbreitet.

Die Verbandsleitung ließ den schimpflichen Verdacht der Unrechtheit auf Ruß und den der Unehrlichkeit, hinterlistigen Bekämpfung des eigenen Vorstehenden bis zur Auflösung der Angelegenheit durch den „Bergknappe“ auf den Vorstandsmitgliedern des Gewerkschafts ruhen.

Wie selbst sozialdemokratische Blätter über das Verleumdungsflugblatt dachten, geht aus einem Artikel in Nr. 216/4 der „Rheinischen Zeitung“ in Köln hervor. Das Blatt schrieb: „es liegt nicht im Leben der modernen Arbeiterbewegung, sich in wahlische Kampfesweise gut zu heißen“. Dann hieß es weiter: „Die Ehemaligen Gewerkschaften und Parteileitung haben dieser schamlosen Kampfesweise vollständig fern“. Weiter redete das Blatt von der „ordinären Kampfesweise des anonymen Flugblattes“, von dem die Zentralkommission noch mit hätte, zu behaupten, es handle sich um einen simplen sozialdemokratischen Schwindel. Ferner bezeichnete die „Rheinische Zeitung“ die Behauptungen des fraglichen Flugblattes als in recht niedriger Natur. Den über die Verleumdung desselben wird man gewiß aus dem Kreis der anständigen Menschen ausschließen. Die Sozialdemokratie

würde sich keinen Augenblick bedenken, den über die Täter hinauszuhinnehmen, sofern die Untersuchung ergeben sollte, daß er in unseren Reihen liegt“. Aufsetz wird gesagt in dem Artikel, es sei nicht ausgeschlossen, daß irgend ein frommer Christ die Sache veranlaßt hätte.

So die „Rheinische Zeitung“. Schade nur, daß vor dem Ehemaligen Schöffengericht von dem schuldigen Beamten Götte ausgesagt wurde, er habe das Schmutzblatt bei der „Rheinischen Zeitung“ in Köln drucken lassen!!! Es geht doch nicht über die sozialdemokratische Moral, die den Gegner mit schurkischen Mitteln bekämpft und gleichzeitig vor Enttarnung trübt, über die eigenen anonymen Schandtat! Für die Dreistigkeit des Kölner Sozialistenblattes spricht auch der Umstand, daß angesichts der geringfügigen Bestrafung Inzertentafeln das Blatt von „bestrafen christlichen Verleumdern“ redet. Höher kann man die Frechheit nicht treiben!

Sozialdemokraten als Arbeitgeber. Die sozialdemokratische „Rheinische Ztg.“ veröffentlichte kürzlich einen Artikel, in dem es u. a. hieß:

„Tatsächlich sind die Arbeitsverhältnisse im „Vorwärts“ und im Betriebe der „Leipziger Volkszeitung“ weit besser, als der Buchdruckerart in der Provinz, so daß sie von keinem einzigen bürgerlichen Zeitungsbetrieb erreicht werden.“

Zu diesen Ausführungen bemerkt der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer, das Organ der sozialdemokratischen Buchdrucker-gewerkschaft:

„Wenn gesagt wird, daß die Arbeitsverhältnisse im „Vorwärts“ und in der „Leipziger Volkszeitung“, von keinem einzigen bürgerlichen Zeitungsbetrieb erreicht werden“, so kann das nur zum Lachen reizen. Die Arbeitsverhältnisse im „Vorwärts“ werden in puncto Bezahlung von zahlreichen bürgerlichen Zeitungsbetrieben erreicht und zum Teil übertroffen. Dagegen wird die Behandlung des Personals „von keinem einzigen bürgerlichen Zeitungsbetrieb erreicht“. Das ist richtig, nur meinen wir, daß der „Vorwärts“-Betrieb auf diese „Errungenschaft“ nicht stolz zu sein braucht. Was die „Leipziger Volkszeitung“ betrifft, so sind bei keinem bürgerlichen Zeitungsbetrieb gleiche Größe die Arbeitsverhältnisse schlechter als in der „Leipziger Volkszeitung“.“

Aus Arbeitgeberkreisen.

Die „Hannoversche“ des „Nachweises“ der Industrie-Mannheim-Ludwigshafen „sucht ein längerer Artikel zu beweisen, den die Träger des Nachweises in Nr. 49 der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ veröffentlichten. Frei und frech werden darin mit seltener Kühnheit Dinge abgefragt, die durch unantastbare Beweise als wahr verbürgt und allenthalben bekannt sind. Der sozialdemokratische Abgeordnete Huber-Ludwigshafen hatte im Bayerischen Landtag mit Bezug auf den Unternehmensnachweis für Mannheim-Ludwigshafen gesagt: „Viele Arbeiter können überhaupt nicht untergebracht werden, besonders werden solchen keine Stellen angewiesen, die politisch oder gewerkschaftlich tätig sind, die an einem Streik beteiligt waren, die über 35 Jahre alt oder nicht mehr vollwertig sind.“

Darob große Entrüstung bei den omnipotenten Herren vom Nachweise Mannheim-Ludwigshafen; sie „berichtigten“. In einem längeren Artikel in Nr. 49 der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ heißt es zu obigen Ausführungen Hubers:

„Demgegenüber ist hier festgestellt, daß der Arbeitsnachweis nicht nach der Zugehörigkeit irgend einer Organisation fragt, daß er noch niemals einen Arbeiter aus dem Grunde abgewiesen hat, weil er an einem Streik beteiligt war.“

Zur Widerlegung der letzten Behauptung Hubers wird eine Statistik über das Alter der vermittelten Arbeiter angeführt. Da sieht man, mit welcher Kühnheit die Träger des Nachweises Mannheim-Ludwigshafen die Wahrheit mißhandeln. Der Nachweise kümmert sich nicht um die Zugehörigkeit der Arbeiter zu einer Organisation? es sollen noch niemals Arbeiter deshalb abgewiesen worden sein, weil sie an einem Streik beteiligt waren? Tatsächlich ist in 100 Fällen 80 mal die Zugehörigkeit und Betätigung in einer Gewerkschaft oder politischen Vereinigung die Ursache der Vorkettierung durch den Nachweise. Arbeiter, die aus einem Streik oder aus politischen Gründen kommen, erhalten vom Nachweise Mannheim-Ludwigshafen unter keinen Umständen Arbeit nachgewiesen. Und angesichts dieser allenthalben in unserem Vaterlande bekannten Tatsachen wagt der genannte Nachweise in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ ganz frech das Gegenteil zu behaupten. Man sieht daraus, wie ernst es manche Menschen mit der Wahrheit nehmen, sofern ihre dunklen, anzusehenden Gesichte auf dem Spiele stehen. Wenn angesichts dieser Dinge die Arbeiter den Verleumdungen der Unternehmer in der Nachweise überhaupt keinen Glauben mehr schenken — wer will es ihnen verzeihen?

Allgemeine Rundschau.

S. 1. als Wahlen.

Ein Zieg der christlichen Arbeiter. Bei den Streikernwahlen zur Ortskommission in Ratingen bei Düsseldorf siegte die Liste der christlich organisierten Arbeiter. Bisher waren sozialdemokratische Vertreter gewählt worden.

Soziale Beschimpfung.

Das politische Verbot des Streikpostens ist rechtswidrig! Sie lesen in „Vorwärts“. In Hinsicht auf das Verbot des Streikpostens tobt Anfang dieses Jahres ein heftiger Kampf zwischen den Sozialisten und der Firma Saalfeld, bei dem letztere der Ostpolizei-Fache alle Register gezogen wurden, um den Sieg an die Spitze der in Mannheim-Ludwigshafen gezogenen „Streikposten“ bezu. der Firma Saalfeld zu setzen. Sie erließ mehrfach auf Grund einer falschen Gesetzesanwendung Polizeiverordnungen, durch die der kleine Belagerungsstand über ganze Stadtteile verhängt und das Streikposten verboten wurde. Mehrere Häuser wurden wegen Streikpostens durch die Gendarmen von der Straße vertrieben; später erhielten sie Strafbefehle. Zwei der Sekretäre beantragten

richterliche Entscheidung, wurden jedoch vom Schöffengericht wie auch von der Berufungsinstanz, der Strafkammer des Landgerichts verurteilt. Erst ihre Revision an das Oberlandesgericht hatte Erfolg. Die beiden Angeklagten, die der Aufforderung der Gendarmen, von der Straße wegzugehen, nicht gefolgt waren, wurden von dem höchsten brennigsteiglichen Gericht freigesprochen, weil die Polizeiverordnung über das Verbot des Streikpostens natürlich rechtswidrig ist!

Allgemeines.

Das berufsgenossenschaftliche Verfahren. Am 27. November d. J. fand im Reichsversicherungsamt unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Kaufmann eine Besprechung mit Vertretern der gewerblichen Berufsgenossenschaften und zahlreichen ärztlichen Sachverständigen über die Frage der Durchführung des berufsgenossenschaftlichen Verfahrens statt. Insbesondere wurde nach einem Meinungsaustausch über die bisher auf diesem Gebiete gemachten Erfahrungen erörtert, bei welchen Krankheiten von Unfallverletzten die Lebensnahme des Verfahrens durch die Berufsgenossenschaften vor dem Ablauf der 13. Woche nach dem Eintritt des Unfalls sich empfiehlt und wie die Berufsgenossenschaften die für einen möglichst frühzeitigen Eingriff in die Heilbehandlung geeigneten Handhaben sich beschaffen könnten. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde eine aus Mitgliedern des Reichsversicherungsamts, Vertretern der Berufsgenossenschaften und ärztlichen Sachverständigen bestehende Kommission bestellt, welche den Entwurf für eine den Berufsgenossenschaften als Direktive für ihr Vorgehen dienende Anleitung auszuarbeiten soll. Dieser Entwurf wird später erneut im Reichsversicherungsamt beraten werden. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß auf diesem, für die möglichstste Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Versicherten wie für die finanzielle Entlastung der Berufsgenossenschaften gleich bedeutungsvollen Gebiete sich der einflussvollen und humanen Betätigung der Versicherungsträger ein reiches Arbeitsfeld eröffne.

Der Arbeitsnachweis der rheinisch-westfälischen Zechen. Der „Verband deutscher Arbeitsnachweise“ hat an den Verein für bergbauartige Interessen die Bitte gerichtet, von der Errichtung des beabsichtigten, lediglich durch die Vertreter der Zechen verwalteten Arbeitsnachweises für das Ruhrkohlenrevier zu Gunsten eines allgemeinen öffentlichen und paritätischen Fach-Arbeitsnachweises abzusehen. Der Verband habe die Erfahrung gemacht, daß gerade das Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der paritätischen Arbeitsnachweis-Organisation in hohem Grade geeignet sei, etwa vorhandene Gegensätze abzumildern und künftigen Streitigkeiten vorzubeugen. Nehme man den Grundsat, daß an der Spitze der Verwaltung des Arbeitsnachweises ein unparteiischer Vorsitzender stehe, welcher kein Stimmrecht hat und dem nur die Aufgabe zugefallen sei, bei Meinungsverschiedenheiten vermittelnd zu wirken, so bestie keine Gefahr, daß irgend welche Maßnahmen gegen den Willen einer der beiden Parteien beschloßen und durchgeführt werden könnten. Es sei zweifellos anzuerkennen, daß die Arbeitgeber an der Organisation des Arbeitsnachweises das größte Interesse haben müßten und daß der Arbeitsnachweis unter keinen Umständen ihrer Einflusssphäre entzogen werden dürfe. Das gleiche Interesse hätten aber in mindestens gleichem Maße die Arbeitnehmer. So würden sich aus der einheitlichen Nachbetrachtung auf diesem Gebiete keine scharfen Gegensätze entwickeln, die nur durch eine gemeinschaftliche Tätigkeit auf diesem Gebiete zum Ausgleich kommen könnten.

Leider ist nicht zu hoffen, daß der Zechenverband der Forderung des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise irgend welche Beachtung schenken wird. Den Zechen imponiert nichts, als nur am Ende des Monats oder Jahres gute Geschäftszahlen. Allgemein sozialpolitische Gesichtspunkte kennen sie nicht — es sei denn, daß sie dabei an Geld und Macht gewinnen würden. Aber da das bei der Arbeitsnachweisfrage nicht der Fall ist, gehen sie über jeden Einwand mit der ihnen eigenen Prophanität hinweg.

Ein beachtenswerter Weg, so schreibt uns das „Sekretariat Sozialer Studentenarbeit“, ist neuerdings vom Gewerkschaftsverband der Heimarbeiterinnen Deutschlands eingeschlagen worden. Er vermittelt seinen Mitgliedern von Studenten in Auftrag gegebene Bild- und Nacharbeit. Plakate in studentischen Verheerungen, regelmäßig wiederkehrende Anzeigen in der politischen, sozialen und literarischen Presse, schriftliche Angebote an die Vorstände aller studentischen Vereinigungen machen auf diese Vermittelungen aufmerksam und geben die Adressen an. Die Zentrale in Leipzig, die in der Nähe der Universität, bezogen der anderen Hochschulen, nimmt die mündlichen oder schriftlichen Bewerbungen entgegen, läßt die Sachen ablesen, verteilt sie und sorgt für Erledigung. Das hat nach beiden Seiten hin Vorteil. Die Arbeit wird von geübten Akademikern, die der Gewerkschaften event. in besonderen Kursen vorüberläßt, hergestellt und erzielt einen festen Lohn, womit eine Beseitigung des Fortschlages gegeben ist. Es liegt daher im Interesse sowohl der in Frage kommenden studentischen Kreise, wie auch der Heimarbeiterinnen, die genannte Einrichtung, wo sie noch nicht besteht, in die Wege zu leiten. Das Sekretariat Sozialer Studentenarbeit in M.-Gladbach, Sandstraße 5, ist zu weiteren Auskünften und Adressenangaben für jede Universitätsstadt gerne bereit und erhebt keinerlei die Adressen weiterer Interessenten und Mitteilungen über bisherige Bemühungen und Erfolge. Wir möchten im Anschluß daran für die Presse eine zusammenfassende Darstellung des bisher Geleisteten geben. Studentische Korporationen, Einzelpersonlichkeiten, Mitglieder der gebildeten und bescheidenen Kreise, sozialtätige Frauen, die bereit sind, dieser Arbeitsvermittlung ihre Aufmerksamkeit zu schenken, werden um eine Zustimmungserklärung und Adressenangabe gebeten.

Briefkasten.

Für die nächste Nummer unserer Zeitung wird bereits Samstag Abend (18. Dez.) Redaktionschluss gemacht. Es soll mit dem Versand der Zeitung so früh begonnen werden, daß die Ortsgruppen Donnerstag im Besitz der Papiere sind, wenn nicht seitens der Post aus Anlaß des gesteigerten Betriebes in der Weihnachtswochenspaßungen verzögert werden.

Für die letzte Nummer in diesem Jahre wird die Redaktion Montag, den 27. Dezember, morgens 10 Uhr geschlossen.

Verjammlungsstaler.

Kachen. 20. Dez., 8 1/2 Uhr, bei Blum, Franzstr. 41/43, Arbeitervertreterversammlung.
 Seitrad. 19. Dez., 6 Uhr, bei Heinrich Quabslieg, Generalversammlung.
 Seneburg. 18. Dez., 8 1/2 Uhr, bei Gustav Eckhoff, Bergdorf.
 Bergdorf. 19. Dez., 11 Uhr, Generalversammlung.
 Bargwald. 26. Dez., 11 Uhr, bei Rath, Stammen, Generalversammlung.
 Verislag. 19. Dez., 5 Uhr, bei Fritz von der Vinne, Reichslicher Hof, große Generalversammlung.
 M.-Gladbach-Elberfeld. 18. Dez., 8 1/2 Uhr, bei Heinrich Richter.
 M.-Gladbach-Elberfeld. 19. Dez., 6 1/2 Uhr, bei Hermann Langer, Eisenhütte, ordentliche Generalversammlung.
 Krefeld. Die Karleibibliothek ist jeden Sonntag von 11 1/2—12 1/2 Uhr im Lokale der Reichshalle geöffnet und können an diese Zeit Bücher entnommen werden.
 Reutew. 19. Dez., 6 Uhr, bei Anton Kommerell, ordentliche Generalversammlung.
 Nordhorn. 18. Dez., 8 Uhr, im Kaiseraal, öffentliche Beirammlung.
 Rheinhafen. 26. Dez., 10 Uhr, bei Wm. Knips, Generalversammlung.
 Sassenberg. 19. Dez., 5 Uhr, bei J. Grothues, Wiesen (Bezirk Dorst). 19. Dez., 10 1/2 Uhr, bei L. Baues, (Bezirk Helsenbrunn). 19. Dez., 10 1/2 Uhr, bei Witwe Siders, an der Bahn, Generalversammlung.
 Wietrich. 19. Dez., 5 Uhr, bei Peter Frenken, Familienfest.

Betrath. Allgemeiner Konsumverein „Glad auf“, e. G. m. b. H. Generalversammlung am 29. Dezember 1903, abends 8 1/2 Uhr, bei Heinrich Quabslieg Tagesordnung: 1) Geschäfts- und Quartalsbericht, 2) Besprechung des Neubaus, 3) Mitteilungen. Zu dieser Versammlung ladet freundlichst und ergebenst ein der Aufsichtsrat.
 (160 M.) J. A. Heinrich Pringen, Vorsitzender.

Rhendt. Sonntag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr, im Saale von Gustav Witten, Dahlenstr., Weihnachtstafel unter gefl. Mitwirkung der Gesangsabteilung des evangelischen und katholischen Arbeitervereins. Programme à Person 25 Pfg., welche alles weitere belegen, sind bei den Betraumseuten und an der Abendkasse erhältlich. Nachmittags 3 1/2 bis 6 Uhr Weihnachtstafel mit Bekleidung für die Kinder der Mitglieder. (180 M.) Der Vorstand. Die Festkommission.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

August Kallwitz in Krefeld.
 Johann Schulz in Neustadt, O.-S.
 Adolf Janklas in Eupen.
 Friedrich Hanstein in Hannover-Linden.
 Maria Zander in Viersen.
 Clemens Waglau in Emsdetten.
 Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Das Taschenbuch für evangelische Arbeiter 1910 ist eben erschienen. Gegen Einbindung von 60 Pfennig wird es von der Buchhandlung der Sozialen Geschäftsstelle, Berlin N. 31, Besenbühnenstraße 1, postfrei an jede angegebene Adresse versandt; von D. Weber, dem Vorstände des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine, und Dr. Rumm, dem Geschäftsführer der Sozialen Geschäftsstelle für das Evangelische Deutschland, herausgegeben, erscheint es in einer von Jahr zu Jahr steigenden Auflage und bietet außer dem neuesten Kalender einen trefflichen Überblick über die Lage und Interessen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Ein Literaturverzeichnis bildet den belehrenden Schmuck des neuen Jahrganges. Werden 15 Exemplare gleichzeitig bezogen, so ermäßigt sich der Preis auf je 45 Pfennig.

Aus der Geheimpraxis eines Unternehmers. Arbeitsnachweise, enthält sich ein Schriftchen, das vom Verlag der christlichen Gewerkschaften soeben herausgegeben wird.

Zum Größten in ein Wespennest host dieses kleine Schriftchen aus, das sich als „Beitrag zur Arbeitsnachweisfrage“ einführt, und es steht zu erwarten, daß die aus ihrer Ruhe Aufgeschreckten mit leidenschaftlicher Wut über den „Störenfried“ herfallen werden. Aber es ist Vorsorge getroffen, daß das „Nest“ vollständig ausgehöhlt und einer gründlichen Reinigung vorgearbeitet werden kann — wenn nur die maßgebenden Faktoren den ernstlichen Willen dazu haben. Der Arbeitsnachweis ist zum Kampfmittel geworden. Die Arbeitgeber holen, indem sie die Arbeitsvermittlung an sich reißen, zum entscheidenden Schlag gegen die zum Selbstbewußtsein erwachte Arbeiterkraft aus. Es kommt unfehlbar zur Vernichtung des letzten Restes der kümmerlichen Arbeiterrechte, wenn nicht die ganze deutsche Arbeiterkraft sich in letzter Stunde gegen die völlige Entrechtung aufbäumt. Das Schriftchen leuchtet grell in so manchen Geheimnis hinein. Die Schleier fallen ab, und es tun sich Verhältnisse vor uns auf, wie man sie in einem Lande wie Deutschland für unmöglich halten sollte. Indessen alles ist „altenmäßig“ belegt. Umso wichtiger fallen die Schlüsse. Wer das Schriftchen gelesen hat, dem schwebt vor der Gefahr, in der wir schweben und die in dem bestimmten Schritt des Zechenverbandes besonders dringlich ihr Haupt erhob. Der Preis des Schriftchens beträgt 50 Pfg. Für die Gewerkschaftsmitglieder 20 Pfg. ohne Porto. Verlag: Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften, Köln, Palmstr. 14.

Mitglieder,
 agitiert für den Verband!